

Anträge an die 1. Tagung des 8. Landesparteitages zur Änderung des Entwurfes des Landtagswahlprogramms

1. In Zeile 2342 sollen die Worte „Transgender, Transsexuelle“ durch „transgeschlechtliche“ ersetzt und das Akronym „LSBTTI*“ entsprechend in „LSBTI*“ geändert werden.

Begründung:

Das Akronym LSBTTI* mit der Unterscheidung zwischen Transsexuellen und Transgender, welches im Landesaktionsprogramm von 2015 verwendet wurde, ist bundesweit kaum verbreitet.

Das Wort „Transsexualität“ findet zwar weiterhin Verwendung, ist jedoch missverständlich und nicht emanzipatorisch. Es stammt aus der medizinisch-pathologisierenden Diagnostik und wird im neuen ICD-11 ab 01.01.2022 durch „Geschlechtsinkongruenz“ ersetzt.

Das Wort „Transgender“ wird im Alltagssprachgebrauch von einigen Menschen verwendet, ohne dass dabei Zwischenstufen des geschlechtlichen Selbstverständnisses und die ursprüngliche Bedeutung von „gender“ als „soziales Geschlecht“ gemeint ist.

Es gibt in queeren Organisationen eine Tendenz, zwischen transgeschlechtlichen Menschen und Menschen mit einer nicht-binären/fluiden Geschlechtsidentität zu unterscheiden. Aber auch das ist nicht erschöpfend bei der Abbildung geschlechtlicher Vielfalt/Identität.

Das Sternchen * ist deshalb wichtig, welches als Platzhalter für weitere geschlechtlich-sexuelle Identitäten dient und einen Raum vielfältiger Selbstdefinition eröffnet.

2. In den Zeilen 2354/2355 soll der Satz „Die Förderung der Landeskoordinierungsstellen LSBTTI* ist fortzusetzen.“ durch „Die Förderung der LSBTI*-Landeskoordinierungsstellen ist fortzusetzen sowie die sich ergänzende fachliche Profilierung und deren Weiterentwicklung zu stärken.“ ersetzt werden.

Begründung:

Der Lesben-, Schwulen- und Queerpolitische Runde Tisch Sachsen-Anhalt hatte in den CSD-Forderungen für 2020 die Profilierung der Landeskoordinierungsstellen zu Landesfachstellen angeregt.

Die GRÜNEN greifen in ihrem Wahlprogramm-Entwurf die unterschiedliche, sich ergänzende Profilierung der LSBTI*-Landeskoordinierungsstellen Sachsen-Anhalt Nord (beim LSVD Sachsen-Anhalt e.V.) und Süd (beim BBZ „lebensart“ e.V.) nicht auf, sondern favorisieren eine Zusammenlegung zu einer Landeskoordinierungsstelle mit ausschließlicher Netzwerk- und Koordinationsfunktion.

DIE LINKE sollte die unterschiedliche Schwerpunktsetzung und bedarfsgerechte Profilierung der LKS bei zwei unterschiedlichen freien Trägern zunächst unterstützen.

Der 2017/18 mühsam ausgehandelte Kompromiss hatte eine Befriedung in der queeren Trägerlandschaft mit sich gebracht.

Debatten und Entscheidungen zur Angebotsstruktur der queeren Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt können nicht „von oben“ entschieden werden. Diskussionen darüber sollte DIE LINKE aber in der kommenden Legislatur befördern und begleiten.

3. In Zeile 2387 soll der Satz „Auch für die weiterführende Bildung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sollen bedarfsgerechte fachliche Angebote vom Land gefördert werden.“ angefügt werden.

Begründung:

Das Jugendnetzwerk Lambda Mitteldeutschland e.V. hat inzwischen zwei halbe Jugendbildungsreferent*innen-Stellen vom Land bewilligt bekommen, die unter anderem außerschulische Bildungsarbeit anbieten.

Dagegen hat das BBZ „lebensart“ e.V., welches eine Jugendbildungsreferent*innen-Stelle mit dem Schwerpunkt Schule ab 2021 beantragt hat und als einzige Organisation in Sachsen-Anhalt nach den Qualitätsstandards des Bundesverbandes Queere Bildung e.V. arbeitet, bislang keine Förderzusage vom Land erhalten. Die Antragsbearbeitung gestaltet sich schwierig und verzögernd.

Die bislang sehr gut nachgefragte und seit 2019 (außerhalb des Saalekreises) rein ehrenamtliche queere Bildungsarbeit des BBZ „lebensart“ e.V. für junge Menschen bedarf dringend einer hauptamtlichen Unterstützung und Profilierung.

Übergreifende Anregungen:

Aus meiner Sicht hat das queer-politische Engagement der LINKEN in Sachsen-Anhalt deutliche Reserven.

Vor vielen Jahren hatte die PDS Sachsen-Anhalt eine queer-politische Landesarbeitsgemeinschaft, nach deren Auflösung lud DIE LINKE zu queer-politischen Ratschlägen ein. Diese Fäden sollten wieder aufgenommen werden.

Gut fände ich auch, wenn die queer-politisch Zuständigen der Landtagsfraktion sich noch mehr mit den queeren Organisationen austauschen und Anregungen aufnehmen könnten.